

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Friedrich.

Abg. Friedrich: Meine sehr geehrten Herren! Daß sich die Deputation der Petition gegenüber ablehnend verhalten hat, dürfte mehr in dem Wortlaute als in dem Inhalte derselben zu suchen sein. Daß an sich für das Brauereigewerbe eine gewisse Berechtigung zu der Petition vorliegt, ist selbstverständlich. Denn wenn an ausländischem Bier von den Bahnhofswirtschaften mehr verdient wird als an unseren inländischen Produkten, so muß wohl ohne weiteres eine Schädigung unseres einheimischen Gewerbes darin zu erblicken sein.

(Zuruf: Ist doch widerlegt worden!)

Wenn man an ausländischen Bieren mehr zu verdienen imstande ist, so ist doch das Bestreben, möglichst viel von dem Betreffenden abzusehen. Gerade unsere Brauereigewerbe sind wohl diejenigen, die in der letzten Zeit an Belastung das allermeiste erfahren haben. Auch in dem neuen Gemeindesteuergesetze ist vorgesehen, daß die Gemeinden berechtigt sind, eine Biersteuer zu erheben, und ich bin überzeugt, daß es auch von seiten der meisten Gemeinden ohne weiteres geschehen wird.

(B) Die Konkurrenz der ausländischen Brauereien wirkt auch nicht gerade günstig auf unser einheimisches Gewerbe ein, und deshalb kann ich meinerseits ohne weiteres die Klage verstehen. Denken wir bloß einmal 15, 20 Jahre zurück,

(Zuruf: Bloß!)

in welcher Weise die Brauereien gegen früher im Verlaufe ihres Produkts belastet worden sind! Die Kohlenpreise sind um 200 Prozent gestiegen, Arbeiterlöhne und Arbeitszeit haben eine wesentliche Erhöhung erfahren. Alle anderen Produktionskosten sind dergestalt gestiegen, daß es mit dem Verdienste wohl kaum noch in Einklang zu bringen ist. Kurz, meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Petition wiederkehrt, vielleicht in einem etwas anderen Wortlaute, und ich möchte wünschen, daß dann auch das Urteil ein anderes und günstigeres sein möge.

Präsident: Der Herr Abg. Dr. Böhnel hat das Wort.

Abg. Dr. Böhnel: Meine Herren! Ich bedaure lebhaft, daß die Deputation nicht geglaubt hat, der Petition eine bessere Zensur geben zu sollen. Ich habe nach dem bekannten Rezept: flectere si nequeo superos Acheronta movebo versucht, die Gründe alle aufzuführen, um der Petition, die hier vorliegt, einen besse-

ren Widerhall zu verschaffen, als dies tatsächlich geschehen ist. Ich bin aber so stark in der Minderheit geblieben, daß ich mir keinerlei Hoffnung machen kann, mit einem abweichenden Urtrage hier im Hause ein anderes Ergebnis zu erzielen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte nur meinerseits beklagen, daß es nicht möglich gewesen ist, die Deputation und auch die Regierung auf den Standpunkt zu bringen, der meiner Ansicht nach der richtige ist. Wie der Herr Berichterstatter es dargestellt hat, ist es anscheinend widersinnig, wenn die Herren wünschen, durch einen höheren Preis ihres Produkts ihren Absatz zu verstärken. Aber wenn man bedenkt, daß die dazwischenstehenden Gastwirte durch die Erhöhung des Preises ein größeres Interesse an dem Geschäfte bekommen und das Bier deshalb anbieten — und darauf kommt es ja hier beim Bierre in der Hauptsache an —,

(Abg. Günther: Es kommt auf das Publikum an!)

so ist sicher, daß infolgedessen der Absatz sich wesentlich heben wird. Ich brauche die Gründe, die der Herr Abg. Friedrich in so dankenswerter und trefflicher Weise ausgeführt hat,

(Weiterkeit.)

nicht zu wiederholen, warum die Arbeit für die Brauereien in den letzten Jahren so schwer geworden ist, daß sie hätten erwarten können, sowohl die Kammer wie auch die Regierung würde ihnen in ihrer bedrängten Lage beispringen, um den Absatz zu steigern zu suchen. Es ist beklagenswert, meine Herren, daß wir als Sachsen an der Neigung für das ausländische Produkt noch immer krankten; in Bayern fällt es keinem Menschen ein, anderes als bayerisches Bier zu trinken, und wir müssen doch feststellen, daß das Produkt der einheimischen Industrie dem der ausländischen gleichwertig ist.

Die Regierung hat auf meine Anfrage erklärt, sie sei außerstande, bei den Gastwirtschaften in den Bahnhöfen zu erzwingen, daß diese ausschließlich einheimische Produkte nähmen.

Da ich mich also so in die Minderheit gestellt sehe, so kann ich nur mein Bedauern aussprechen und sagen: es wäre wohl am Platze gewesen, da einmal die Brauereiindustrie jetzt so schwer zu leiden hat und durch die Maßnahmen der Reichsregierung so schwer getroffen worden ist, wenn ihr von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften eine Unterstützung zuteil geworden wäre.